

Stand: 23.07.2024 07:08:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/320

"Schneekanonen- und Lift-Offensive am Riedberger Horn: Naturnaher Tourismus oder Skischaukel light durch die Hintertür?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/320 vom 13.02.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1544 des WI vom 04.04.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1620 vom 10.04.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 10.04.2019



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild SPD**

Schneekanonen- und Lift-Offensive am Riedberger Horn: Naturnaher Tourismus oder Skischaukel light durch die Hintertür?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zeitnah zu berichten,

- wie das von Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Frühjahr 2018 verkündete Ziel, mit Balderschwang und Obermaiselstein im Oberallgäu „Modelldörfer für modernen Ski- und Bergtourismus im Einklang mit der Natur“ zu schaffen, mit den vom Landratsamt Oberallgäu genehmigten Plänen für einen massiven Ausbau mit Schneekanonen und Beschneigungsteichen und der Aufrüstung der Lifte im Grasgehrenkessel in Einklang zu bringen ist,
- wie der Bau eines Beschneigungsteichs in einem Quellmoorbereich sich in das Klimaschutz- und Moornaturierungskonzept der Staatsregierung einfügt,
- wofür die von der Staatsregierung versprochenen 20 Mio. Euro Förderung für „naturnahen Tourismus“ jetzt konkret verwendet werden sollen und
- ob es hinsichtlich des vom Ministerpräsidenten persönlich versprochenen „Ski- und Bergtourismus im Einklang mit der Natur“ verbindliche ökologische Kriterien oder Vereinbarungen mit den beteiligten Gemeinden gibt?

Begründung:

Nach dem jahrelangen heftigen öffentlichen Streit um den geplanten Bau einer Skischaukel in streng geschützten Bereichen am Riedberger Horn, Landkreis Oberallgäu, verkündete Ministerpräsident Dr. Markus Söder im April 2018 überraschend eine Kehrtwende und versprach, man werde die beteiligten Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein zu „Modelldörfern für modernen Ski- und Bergtourismus im Einklang mit der Natur“ entwickeln (SZ vom 18.04.2018). Dafür sollten nachhaltige Tourismusprojekte mit 20 Mio. Euro gefördert werden – ein Vielfaches von dem, was der Freistaat in das Nachhaltigkeits-Vorzeigeprojekt „Bergsteigerdörfer“ des Alpenvereins investiert.

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt hielten die Beteiligten vor Ort aber an wesentlichen Elementen des Skischaukelplans fest. In der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Florian von Brunn (Drs. 17/22105) schrieb die Staatsregierung bereits im Mai 2018: „Um das Skigebiet Grasgehren zu modernisieren, beabsichtigt die Grasgehrenlifte Betriebs GmbH, eine bestehende Doppelschlepplifffanlage (Grasgehrenlifte III und IV) durch eine moderne, kuppelbare 8er Sesselbahn (Hörnlebahn) zu ersetzen. Hierzu wurde am 22.04.2014 beim Landratsamt Oberallgäu die Erteilung einer Bau- und Betriebsgenehmigung beantragt. Des Weiteren wurde am 28.11.2017 die Anlage eines Speicherteichs mit einer Kubatur von ca. 26.000 m³ für

eine ausreichende Beschneidung der dortigen Trainings- bzw. Rennstrecke des Bundesstützpunkts für Ski- und Boardercross beantragt.“

Im August und September 2018 wurden beide Vorhaben vom Landratsamt Oberallgäu – fast unbemerkt von einer breiteren Öffentlichkeit – trotz erheblicher Bedenken und Einwände von Deutschem Alpenverein, Bund Naturschutz und Landesbund für Vogelschutz genehmigt. In der Antwort auf die o. g. Schriftlichen Anfrage heißt es bezüglich der Bedeutung der betroffenen Bereiche: „Nach Auskunft des Landratsamts Oberallgäu befindet sich im Grasgehrenkessel ein Teil eines Biotopkomplexes, in dem auch Hochmoore von nationaler Bedeutung enthalten sind. Es gebe im Kessel ... keine nennenswerte Offenlandfläche, die nicht die Qualität eines Biotops nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) besitze.“ Viele der in der Antwort zitierten Aussagen des Landratsamts, die zum Beispiel die dortige Birkhuhn-Population oder die Bedeutung der betroffenen Moorbereiche betreffen, sind aber umstritten und werden von den Naturschutzverbänden naturschutzfachlich fast entgegengesetzt beurteilt.

Damit liegt der Verdacht nahe, dass das „Projekt Skischaukel“ am Riedberger Horn, und damit ein wenig naturfreundlicher und nachhaltiger Tourismus, in wesentlichen Teilen weiterverfolgt wird – und das, obwohl ca. 20 Mio. Euro Förderung für „naturnahen Tourismus“ fließen oder fließen sollen. Hierzu muss sich die Staatsregierung zeitnah erklären. Andernfalls bleibt der fatale Eindruck bestehen, dass es sich bei dem Auftritt und den Versprechen des Ministerpräsidenten im April 2018 nicht um eine umweltpolitische Kehrtwende in der Alpenpolitik, sondern um ein bloßes Wahlkampfmanöver gehandelt hat.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Drs. 18/320**

**Schneekanonen- und Lift-Offensive am Riedberger Horn: Naturnaher Tourismus
oder Skischaukel light durch die Hintertür?**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Annette Karl**
Mitberichterstatter: **Rainer Ludwig**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 28. Februar 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 20. März 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 4. April 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Ablehnung
- Ablehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild SPD

Drs. 18/320, 18/1544

Schneekanonen- und Lift-Offensive am Riedberger Horn: Naturnaher Tourismus oder Skischaukel light durch die Hintertür?

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, weil wir eine Abstimmung haben. Wir stimmen über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge ab, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die AfD, die SPD und die FDP. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten. – Sie sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich die Beratung der Dringlichkeitsanträge aufrufe, gebe ich Ihnen bekannt, dass die Fraktionen übereingekommen sind, beim letzten Tagesordnungspunkt – das ist der Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Natascha Kohnen, Florian von Brunn und anderer (SPD) betreffend "Endlich Rechtssicherheit für Mieterinnen und Mieter – Bayerische Mieterschutzverordnung sofort neu erlassen!" auf Drucksache 18/319 – auf eine Aussprache zu verzichten. Damit wird der Antrag nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen. Es wird ohne Aussprache darüber abgestimmt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 (Vf. 4-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist,
 2. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 145) geändert worden ist,
 3. des Unterlassens des Gesetzgebers, allen Bürgern, die aufgrund ihrer Behinderung das Stimm-/Wahlrecht nicht ausüben können, dies mit Hilfe eines gesetzlichen Vertreters zu ermöglichen, wenn es ihrem Willen nicht widerspricht

PII/G-1310.19-0003
Drs. 18/1541 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist unzulässig.
- III. Der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit ist hinsichtlich Ziffern 1 und 2 im Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 begründet, hinsichtlich Ziffer 3 ist der Antrag unzulässig.

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuerhindernisse für vermietete Werkwohnungen abbauen
Drs. 18/343, 18/1487 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sprachtests für Mediziner evaluieren
Drs. 18/362, 18/1485 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Grundschulabitur endlich abschaffen – Übertrittsverfahren neu regeln
Drs. 18/381, 18/1484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische
Fachkräfte zentralisieren
Drs. 18/382, 18/1486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Arif Taşdelen,
Stefan Schuster u. a. SPD
Lkw-Parken in Wohngebieten
Drs. 18/389, 18/1547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl,
Diana Stachowitz u. a. SPD
„Crowdworker“ in Bayern
Drs. 18/445, 18/1490 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

